



Beschlussvorlage Federführend: Bürgermeisterin Amt für Allgemeine Verwaltung und Finanzen	Vorlage-Nr: VO/20/250-1 Status: öffentlich Datum: 02.11.2020 Bericht im Ausschuss: Torsten Kopper Bericht im Rat: Bearbeiter: Torsten Kopper						
Neufassung des Gesellschaftervertrages der Stadtwerke Tornesch-Netz GmbH							
Beratungsfolge: <table border="0"> <thead> <tr> <th>Datum</th><th>Gremium</th></tr> </thead> <tbody> <tr> <td>09.11.2020</td><td>Hauptausschuss</td></tr> <tr> <td>15.12.2020</td><td>Ratsversammlung</td></tr> </tbody> </table>		Datum	Gremium	09.11.2020	Hauptausschuss	15.12.2020	Ratsversammlung
Datum	Gremium						
09.11.2020	Hauptausschuss						
15.12.2020	Ratsversammlung						

Sachbericht / Stellungnahme der Verwaltung

Die Angelegenheit wurde zuletzt beraten in der Sitzung des Hauptausschusses am 26.10.2020 mit der Beschlussfassung, der Ratsversammlung die Zustimmung zu dem im Entwurf vorgelegten geänderten Gesellschaftervertrag der Stadtwerke Tornesch-Netz GmbH zu empfehlen. Nach der Beschlussfassung im Hauptausschuss am 26.10.2020 hat die Mitgesellschafterin, die SERVICE plus GmbH einige geringfügige Änderungsvorschläge mitgeteilt.

Die gewünschten Änderungen (rot hinterlegt) sind dem dieser Vorlage angefügten Entwurf des Gesellschaftervertrages vom 02.11.2020 zu entnehmen. Eine kurze Kommentierung ist ebenfalls ersichtlich. (Die Änderungen und Kommentierungen sind nicht in der Aktenmappe sondern direkt in der Anlage zum Tagesordnungspunkt ersichtlich)

Die Verwaltung schlägt vor, dem geänderten Entwurf des Gesellschaftervertrages der Stadtwerke Tornesch-Netz GmbH ebenfalls zuzustimmen.

Prüfungen:

1. Umweltverträglichkeit
entfällt

2. Kinder- und Jugendbeteiligung
entfällt

Finanzielle Auswirkungen / Darstellung der Folgekosten

Der Beschluss hat finanzielle Auswirkungen:

☐ ja ☒ nein

Die Maßnahme/Aufgabe ist:

☐ vollständig eigenfinanziert
☐ teilweise gegenfinanziert
☐ vollständig gegenfinanziert

Auswirkungen auf den Stellenplan:

☐ Stellenmehrbedarf ☐ Stellenminderbedarf
☐ höhere Dotierung ☐ Niedrigere Dotierung
☒ Keine Auswirkungen

Es wurde eine Wirtschaftlichkeitsprüfung durchgeführt:

☐ ja ☒ nein

Es liegt eine Ausweitung oder eine Neuaufnahme einer
 Freiwilligen Leistung vor:

☐ ja ☒ nein

Produkt/e:						
Erträge/Aufwendungen	2019	2020	2021	2022	2023	2024 ff.
	in EUR					
<small>* Anzugeben bei Erträgen, ob Zuschüsse/Zuweisungen; Transfererträge; Kostenerstattungen/Leistungsentgelte oder sonstige Erträge</small>						
<small>* Anzugeben bei Aufwendungen, ob Personalaufwand; Sozialtransferaufwand; Sachaufwand; Zuschüsse/Zuweisungen oder sonstige Aufwendungen</small>						
Erträge*:						
Aufwendungen*:						
Saldo (E-A)						
davon noch zu veranschlagen:						

Investition/Investitionsförderung	2019	2020	2021	2022	2023	2024 ff.
	in EUR					
Einzahlungen						
Auszahlungen						
Saldo (E-A)						
davon noch zu veranschlagen:						
Erträge (z.B. Auflösung von Sonderposten)						
Abschreibungsaufwand						
Saldo (E-A)						
davon noch zu veranschlagen:						
Verpflichtungsermächtigungen						
davon noch zu veranschlagen:						

Folgeeinsparungen/-kosten	2019	2020	2021	2022	2023	2024 ff.
(indirekte Auswirkungen, ggf. sorgfältig zu schätzen)	in EUR					
<small>* Anzugeben bei Erträgen, ob Zuschüsse/Zuweisungen; Transfererträge; Kostenerstattungen/Leistungsentgelte oder sonstige Erträge</small>						
<small>* Anzugeben bei Aufwendungen, ob Personalaufwand; Sozialtransferaufwand; Sachaufwand; Zuschüsse/Zuweisungen oder sonstige Aufwendungen</small>						
Erträge*:						
Aufwendungen*:						
Saldo (E-A)						
davon noch zu veranschlagen:						

Beschluss(empfehlung)

Dem der Vorlage anliegenden geänderten Entwurf des Gesellschaftervertrages der Stadtwerke Tornesch-Netz GmbH vom 02.11.2020 wird zugestimmt. Die Bürgermeisterin wird gebeten, den Gesellschaftervertrag entsprechend zu schließen

gez.
Sabine Kählert
Bürgermeisterin

Anlage/n:

Geänderter Entwurf des Gesellschaftervertrages der Stadtwerke Tornesch-Netz GmbH vom
02.11.2020

Gesellschaftsvertrag Stadtwerke Tornesch - Netz GmbH

§ 1 Firma

Die Firma der Gesellschaft lautet Stadtwerke Tornesch - Netz GmbH.

Kommentiert [HDB1]: # 2 des Erlasses

§ 2 Sitz

Der Sitz der Gesellschaft ist Tornesch.

§ 3 Gesellschaftszweck

- (1) **Zweck und** Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb, die Unterhaltung und der Ausbau von Verteilungsanlagen für Elektrizität und Gas einschließlich der Wahrnehmung aller dazugehörigen Aufgaben und Dienstleistungen im Stadtgebiet Tornesch.
- (2) Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Maßnahmen und Rechtsgeschäfte durchzuführen, die der Zweckerreichung mittelbar oder unmittelbar dienen. Sie kann sich im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben, insbesondere der Bestimmungen des Gesetzes über die Elektrizität- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz – EnWG), zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art erwerben oder gründen und solche Unternehmen in beliebiger Form beteiligen, Unternehmensverträge abschließen sowie Verteilungsanlagen für Elektrizität und Gas pachten und erwerben.

Kommentiert [HDB2]: Aufteilung in zwei Absätze der besseren Übersicht halber.
Neu in Absatz 1: Der Zweck des Unternehmens wird ausdrücklich erwähnt wegen § 102 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 GO („öffentlicher Zweck“).
1 des Erlasses

§ 4 Dauer der Gesellschaft, Geschäftsjahr

- (1) Die Dauer der Gesellschaft ist nicht begrenzt.
- (2) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Das erste Geschäftsjahr beginnt mit der Eintragung der Gesellschaft und endet am 31. Dezember des Jahres der Eintragung.

§ 5 Stammkapital

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt EUR 26.000,00 (in Worten: sechszwanzigtausend).

§ 6 Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind:

- (1) die Gesellschafterversammlung,
- (2) die Geschäftsführung.

§ 7 Geschäftsführung und Vertretung

- (1) Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Die Vorschriften des § 8 EnWG sind zu beachten. Die Gesellschafterversammlung kann einzelnen Geschäftsführern Einzelvertretungsbefugnis erteilen.
- (2) Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt dieser die Gesellschaft allein, sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Die Geschäftsführer können von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit werden.
- (3) Die Geschäftsführungsbefugnis erstreckt sich auf alle Handlungen die der gewöhnliche Geschäftsverkehr mit sich bringt.
- (4) Der Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung unterliegen die ihr nach Gesetz oder Gesellschaftsvertrag vorbehaltenen Fälle, insbesondere:
 - a) Bestellung und Abberufung von Geschäftsführern, Erteilung und Widerruf von Prokuren sowie die Festlegung der Anstellungsbedingungen.
 - b) Entlastung der Geschäftsführung.
 - c) Feststellung des Jahresabschlusses und Ergebnisverwendung.
 - d) der Wirtschaftsplan.
 - e) Rechtsgeschäfte und Handlungen der Gesellschaft mit der Geschäftsführung.
 - f) Betriebsführungsverträgen sowie Unternehmensverträge im Sinne des Aktiengesetzes.
 - g) Erwerb und Veräußerung von Unternehmen, und Unternehmensteilen, die mittelbare oder unmittelbare Gründung von Gesellschaften oder anderen privatrechtlichen Vereinigungen und Beteiligungen, die Beteiligung an diesen oder an deren Gründung und die Erhöhung, Verringerung oder Veräußerung solcher Beteiligungen.
 - h) Verträge und andere Rechtshandlungen, die nach Zweck und Risiko außergewöhnlich und von grundsätzlicher Bedeutung für die Gesellschaft sind
 - i) Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen rechten
 - j) Aufnahme von mittel- und langfristigen Darlehen, Vergabe von Bürgschaften, Abschluss von nicht das Netz betreffenden Garantieverträgen und die Hingabe sonstiger Sicherheiten.
 - k) Erlass von Forderungen, Vergabe von mittel- und langfristigen Darlehen, freiwillige Zuwendungen, Abschluss von Vergleichen über fällige Ansprüche sowie Stundungen, soweit im Einzelfall jeweils ein Betrag von TEUR 5 oder pro Jahr ein Betrag von TEUR 10 überschritten wird und diese Geschäfte nicht vom genehmigten Wirtschaftsplan gedeckt sind.
 - l) der Abschluss von Dauerschuldverhältnissen (Mietverträge, Leasingverträge, Arbeitsverträge, u.ä.) Mit einer jährlichen Zahlungsverpflichtung im Einzelfall von

Kommentiert [HDB3]: Aufgrund des umfänglichen Katalogs an Zustimmungsvorbehalten für die Gesellschafter kann auf einen Aufsichtsrat verzichtet werden.
3 des Erlasses

Kommentiert [HDB4]: Buchstabe g angepasst an § 102 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 GO und § 28 Nr. 18 Buchstaben a und b GO.
5 des Erlasses

mehr als TEUR 5 oder pro Jahr von mehr als TEUR 10, soweit diese Geschäfte nicht vom genehmigten Wirtschaftsplan gedeckt sind.

- m) Mehrausgaben für Investitionen von mehr als TEUR 10 pro Jahr, soweit sie in diesem Absatz nicht genannt und von dem genehmigten Wirtschaftsplan nicht gedeckt sind.
- n) Die Führung von Rechtsstreitigkeiten, wenn im Einzelfall der Streitgegenstand TEUR 15 übersteigt oder bei Rechtsstreitigkeiten von grundsätzlicher Bedeutung.
- o) Wahl des Abschlussprüfers.

p) die Beschlussfassung über Angelegenheiten nach Buchstabe g sowie über wesentliche Änderungen des Gesellschaftsvertrages oder der Satzung in den Gremien von Gesellschaften oder anderen privatrechtlichen Vereinigungen, an denen die Gesellschaft beteiligt ist.

~~p)g)~~ weitere Geschäfte, die sich die Gesellschafterversammlung durch Beschluss vorbehält.

- (5) Die Gesellschafterversammlung kann der Geschäftsführung Weisungen nur insoweit erteilen, als dies zur Wahrnehmung der berechtigten Interessen der Gesellschafter erforderlich und mit den Vorgaben des EnWG, insbesondere zur operationellen Entflechtung, vereinbar ist. Insbesondere sind Weisungen zum laufenden Netzbetrieb nicht erlaubt.
- (6) Die Geschäftsführung hat rechtzeitig vor Beginn eines Geschäftsjahrs einen Wirtschaftsplan, bestehend aus dem Erfolgsplan, dem Investitionsplan, dem Personalplan sowie dem Finanzplan von der Gesellschafterversammlung genehmigen zu lassen. Der Wirtschaftsplan ist in sinngemäßer Anwendung der Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung aufzustellen. Der Wirtschaftsführung ist eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde zu legen. Die Pläne sind den Gesellschaftern vorab zur Kenntnis zu geben.

§ 8 Gesellschafterversammlung und Gesellschafterbeschlüsse

- (1) Eine Gesellschafterversammlung ist durch einen oder mehrere Geschäftsführer einzuberufen, wenn Beschlüsse zu fassen sind oder die Einberufung aus sonstigem Grunde im Interesse der Gesellschaft liegt oder die Einberufung von einem Gesellschafter verlangt wird. Der oder die Geschäftsführer haben mindestens einmal im Kalenderjahr eine Gesellschafterversammlung einzuberufen.
- (2) Die Beschlüsse der Gesellschafter werden in Versammlungen gefasst. Außerhalb von Versammlungen können sie – soweit nicht zwingendes Recht eine andere Form vorschreibt – durch schriftliche, fernschriftliche, telegrafische oder mündliche, auch fernmündliche, Abstimmung gefasst werden, wenn sich jeder Gesellschafter an der Abstimmung beteiligt.
- (3) Der Gesellschafterversammlung besteht aus dem gesetzlichen Vertreter des Gesellschafters einer Person, die die Stadt Tornesch bestellt, und einer Person, die die SERVICE plus GmbH bestellt. Diese Personen üben die Gesellschafterrechte der Stadtwerke Tornesch GmbH in einer Gesellschafterversammlung und bei einer Beschlussfassung außerhalb einer Gesellschafterversammlung (Absatz 2) aus.

Kommentiert [HDB5]: Neuer Buchstabe p eingefügt wegen § 102 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 GO und § 28 Nr. 18 Buchstabe c GO.
5 des Erlasses

Kommentiert [HDB6]: Eingefügt wegen § 102 Abs. 2 Satz 1 Nr. 7 GO.
7 des Erlasses

Kommentiert [HDB7]: Eingefügt wegen § 102 Abs. 2 Satz 1 Nr. 7 GO. Diese Anforderung ist eigentlich schon deshalb erfüllt, weil die Gesellschafterversammlung über den Wirtschaftsplan beschließt (Satz 1), wofür die Gesellschafter notwendigerweise Kenntnis vom Wirtschaftsplan haben müssen. Die Klausel sollte aber aufgenommen werden, damit die Kommunalaufsicht die Erfüllung der Anforderung aus § 102 Abs. 2 Satz 1 Nr. 7 GO auf Anhieb findet.
7 des Erlasses

Kommentiert [HDB8]: Der bisherige Gesellschaftsvertrag regelte nicht, wer die Gesellschafterrechte der Stadtwerke Tornesch GmbH in der Netzgesellschaft ausübt. Faktisch wurden die Mitglieder des Aufsichtsrates der Stadtwerke Tornesch GmbH zu Gesellschaftervertretern bestellt. Ohne Regelung obliegt die Wahrnehmung der Gesellschafterrechte jedoch eigentlich den gesetzlichen Vertretern des Gesellschafters, also den Geschäftsführern der Stadtwerke Tornesch GmbH. Davon wird aber – auch mit Blick auf die Entflechtungsregelungen in § 8 Abs. 2 Satz 2 ff. EnWG – Abstand genommen. Der Vorschlag geht jetzt dahin, dass die Stadt und die SERVICE plus jeweils eine Person benennen, die gemeinsam die Gesellschafterrechte der Stadtwerke Tornesch GmbH wahrnehmen.

Kommentiert [KT9]: Da der Aufsichtsrat der Stadtwerke Tornesch GmbH Weisungen an den Geschäftsführer der Stadtwerke Tornesch GmbH erteilen kann (s. § 13 Absatz 2 Buchstabe j) des neuen Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Tornesch GmbH), sollten die Stadtwerke Tornesch GmbH durch den Geschäftsführer vertreten werden.

~~(3)~~(4) Zu einer Gesellschafterversammlung sind alle Gesellschafter schriftlich zu laden. Die Ladung hat mit einer Frist von mindestens zwei Wochen zu erfolgen, wobei der letzte Tag der Ladung und der Tag der Versammlung nicht mehr zu rechnen sind. Tagungsort, Tagungszeit und Tagesordnung sind in der Ladung mitzuteilen.

(5) An einer Gesellschafterversammlung dürfen außerdem ohne Stimmrecht teilnehmen:

a) ~~die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister der Stadt Tornesch, falls sie oder er nicht gemäß Absatz 3 der Gesellschafterversammlung angehört.~~

b) ~~eine Geschäftsführerin oder ein Geschäftsführer der SERVICE plus GmbH, falls nicht eine Geschäftsführerin oder ein Geschäftsführer der SERVICE plus GmbH gemäß Absatz 3 der Gesellschafterversammlung angehört.~~

c) ~~die Beteiligungsverwaltungen der Gesellschafter/innen Stadt Tornesch (§ 109 a der Gemeindeordnung),~~

d) ~~die Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer der Stadtwerke Tornesch GmbH.~~

~~Ihnen Sie sind die Termine der zu einer Gesellschafterversammlung rechtzeitig bekannt zu geben, entsprechend Absatz 4 zu laden. In eine Beschlussfassung nach Absatz 2 sind sie wie die stimmberechtigten Personen (Absatz 3) einzubeziehen, haben jedoch kein Stimm- und kein Widerspruchsrecht.~~

~~(4)~~(6) Abgestimmt wird nach Geschäftsanteilen, wobei EUR 50,00 Anteil am Stammkapital zu einer Stimme berechnen.

~~(5)~~(7) Die Gesellschafterversammlung wird von einem Vertreter ~~des Gesellschafters der Gesellschaft~~ geleitet. Er hat für eine ordentliche Protokollierung der Beschlüsse Sorge zu tragen.

~~(6)~~(8) Gesellschafterbeschlüsse werden mit einfacher Mehrheit aller abstimmungsberechtigten Stimmen gefasst, soweit nicht dieser Vertrag oder das Gesetz eine andere Mehrheit vorschreibt. Bei Stimmengleichheit findet eine nochmalige Abstimmung statt. Ergibt diese auch Stimmengleichheit, so gilt der zur Abstimmung gestellte Antrag als abgelehnt.

~~(7)~~(9) Die Gesellschafterversammlung hat bei ihrer Beschlussfassung zu Geschäften der Geschäftsführung die gesetzlichen Vorgaben zur operationellen Entflechtung nach § 8 Abs. 4 EnWG zu beachten.

~~(8)~~(10) Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Mehrheit des Stammkapitals vertreten ist. Fehlt es daran, so ist in gleicher Form und mit gleicher Frist zu einer zweiten Versammlung zu laden, die immer beschlussfähig ist. In einer entsprechenden Ladung ist ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass es sich um die ~~zweite Ladung. Ladung zu einer zweiten Versammlung~~ handelt, welche auch dann beschlussfähig ist, wenn nicht mindestens die Mehrheit des Stammkapitals vertreten ist.

~~(9)~~(11) Jeder Gesellschafter kann sich durch schriftliche Vollmacht bei der Ausübung seiner Gesellschafterrechte vertreten lassen.

~~(10)~~(12) Jedem Gesellschafter ist unverzüglich nach der Gesellschafterversammlung eine Protokollabschrift der Beschlüsse zu übersenden. Einwendungen gegen das Protokoll sind innerhalb einer Frist von 30 Tagen geltend zu machen.

Kommentiert [HDB10]: Eingefügt wegen § 102 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 GO. # 4 des Erlasses

Kommentiert [KT11]: Entfällt aufgrund von Absatz 3

Kommentiert [HDB12]: Eingefügt für die SERVICE plus spiegeltbildlich zu Buchstabe a.

Kommentiert [KT13]: Entfällt aufgrund Absatz 3

Kommentiert [KT14]: Auch die Beteiligungsverwaltungen der SERVICE plus plus GmbH sollen an den Gesellschafterversammlungen teilnehmen dürfen.

Kommentiert [HDB15]: Eingefügt wegen § 109 a Abs. 2 GO („an deren Sitzungen teilnehmen“). Gegebenenfalls kann der Kreis der Teilnahmeberechtigten noch erweitert werden, z.B. um den Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Stadtwerke Tornesch GmbH oder einen Vertreter der SERVICE PLUS. Kommunalrechtlich zwingend ist das natürlich nicht.

Kommentiert [KT16]: Entfällt aufgrund Absatz 3

Kommentiert [KT17]: Die Beschlussfähigkeit der Gesellschafterversammlungen soll ggf. nicht an der nicht fristgerechten Einladung der nicht stimmberechtigten Teilnehmer scheitern.

Kommentiert [HDB18]: Die Stadtwerke Tornesch - Netz GmbH hat zwar nur einen Gesellschafter. In allen anderen Vorschriften des Gesellschaftsvertrages werden die Gesellschafter jedoch stets im Plural bezeichnet. R das sollte hier angeglichen werden.

Kommentiert [HDB19]: Redaktionell angepasst an den folgenden Relativsatz, denn beschlussfähig ist nicht die Ladung, sondern die Versammlung.

§ 9 Jahresabschluss

- (1) Die Geschäftsführung stellt den Jahresabschluss, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang nach den Vorschriften des Dritten Buches HGB für große Kapitalgesellschaften innerhalb der ersten drei Monate nach Schluss des Geschäftsjahres auf. Hierbei sind die besonderen Anforderungen des Energiewirtschaftsgesetzes zu beachten. Bei der Erstellung des Jahresabschlusses können Gewinnrücklagen gebildet und aufgelöst werden.
- (2) Die Geschäftsführer haben den Jahresabschluss mit Anhang einschließlich des Lageberichts von einem Abschlussprüfer testieren zu lassen und den erforderlichen Auftrag zu erteilen.
- (3) Unverzüglich nach ihrer Aufstellung sind der Jahresabschluss und der Lagebericht zusammen mit dem Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns der Gesellschafterversammlung vorzulegen.
- ~~(3)~~(4) Der Stadt Tornesch stehen die Rechte aus §§ 53, 54 Haushaltsgrundsätzegesetz, der überörtlich zuständigen Prüfungsbehörde die Rechte nach § 54 Haushaltsgrundsätzegesetz zu.

§ 10 Veröffentlichung von Bezügen

- (1) Im Anhang zum Jahresabschluss sind die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge im Sinne des § 285 Nr. 9 des Handelsgesetzbuchs (HGB) der Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer sowie der Aufsichtsratsmitglieder jeweils für jede Personengruppe sowie zusätzlich unter Namensnennung die Bezüge jedes einzelnen Mitglieds dieser Personengruppen unter Aufgliederung nach Komponenten im Sinne des § 285 Nr. 9 Buchstabe a HGB zu veröffentlichen. Die individualisierte Ausweisungspflicht gilt auch für
 - a) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall einer vorzeitigen Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind und deren Voraussetzungen,
 - b) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind, mit ihrem Barwert sowie den von der Gesellschaft während des Geschäftsjahres hierfür aufgewandten oder zurückgestellten Betrag unter Angabe der vertraglich festgelegten Altersgrenze,
 - c) während des Geschäftsjahres vereinbarte Änderungen dieser Zusagen und
 - d) Leistungen, die einem früheren Mitglied, das seine Tätigkeit im Laufe des Geschäftsjahres beendet hat, in diesem Zusammenhang zugesagt und im Laufe des Geschäftsjahres gewährt worden sind.
- ~~(4)~~(2) Die Geschäftsführung hat zudem dafür Sorge zu tragen, dass die in Absatz 1 genannten Angaben bei den entsprechenden Stellen (z. Zt. Finanzministerium) übermittelt werden auf der Internetseite des Finanzministeriums veröffentlicht werden (§ 102 Abs. 2 Satz 1 Nr. 8 GO).

Kommentiert [HDB20]: Eingefügt wegen § 102 Abs. 2 Satz 1 Nr. 6 GO. Jedenfalls muss die Gemeinde darauf hinwirken, dass eine solche Regelung aufgenommen wird und die GmbH nicht von den Erleichterungen Gebrauch machen kann, die nach dem HGB für kleine Kapitalgesellschaften gelten. Über eine entsprechende Änderung des Gesellschaftsvertrages beschließen aber die Gesellschafter gemeinsam mit Dreiviertelmehrheit (§ 53 Abs. 2 Satz 1 GmbHG).
6 des Erlasses

Kommentiert [HDB21]: Eingefügt wegen § 102 Abs. 2 Satz 1 Nr. 6 GO in Verbindung mit § 11 Abs. 3 KPG. Die Stadt muss darauf hinwirken, dass ihr im Gesellschaftsvertrag diese Befugnisse eingeräumt werden (wie hier auch § 18 Abs. 7 Gesellschaftsvertrag Stadtwerke Tornesch GmbH).
6 des Erlasses

Kommentiert [HDB22]: Gemäß § 102 Abs. 3 Satz 2 und 3 GO muss die Stadt Tornesch aufgrund ihrer mittelbaren Mehrheitsbeteiligung darauf hinwirken, dass eine solche Regelung, die in § 102 Abs. 2 Satz 1 Nr. 8 GO vorgesehen ist, in den Gesellschaftsvertrag aufgenommen wird. Daher findet sich dieser Vorschlag an dieser Stelle. Über eine entsprechende Änderung des Gesellschaftsvertrages beschließen aber die Gesellschafter gemeinsam mit Dreiviertelmehrheit (§ 53 Abs. 2 Satz 1 GmbHG).
8 des Erlasses

Kommentiert [KT23]: Die Geschäftsführung kann nicht dafür Sorge tragen, dass die Angaben auch veröffentlicht werden, außerdem kann sich beim Land die zuständige Stelle ändern.

~~§ 10~~ **§ 11 Auflösung der Gesellschaft**

Die Auflösung der Gesellschaft erfolgt aus den in § 60 GmbHG genannten Gründen. Die Liquidation erfolgt – wenn die Gesellschafterversammlung nichts anderes beschließt – durch die Geschäftsführer.

~~§ 11~~ **§ 12 Bekanntmachungen**

Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im elektronischen Bundesanzeiger.

~~§ 12~~ **§ 13 Salvatorische Klausel**

Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein oder werden, wird hierdurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Anstelle der unwirksamen Bestimmung gilt diejenige wirksame Bestimmung als vereinbart, die dem Sinn und Zweck der unwirksamen Bestimmung am nächsten kommt. Im Fall von Lücken gilt diejenige Bestimmung als vereinbart, die dem entspricht, was nach Sinn und Zweck dieses Vertrages vereinbart worden wäre, hätte man die Angelegenheit von vornherein bedacht.

~~§ 13~~ **§ 14 Kosten**

Die Kosten des Vertrages und der Durchführung trägt die Gesellschaft bis zu einer Höhe von EUR 2.500,–.